

# Konsolidierung des EU-Binnenmarktes für elektronische Kommunikation

## Artikel 7



Nach dem EU-Regelungsrahmen für elektronische Kommunikation, der seit dem 23. Juli 2003 in Kraft ist, kann die Europäische Kommission sich zu Vorschlägen für Rechtsvorschriften äußern und in manchen Fällen sogar die nationalen Regulierungsbehörden auffordern, eine solche Maßnahme zurückzuziehen. Diese Befugnisse ermöglichen es der Kommission, europaweit für einheitliche Bedingungen im Bereich der eKommunikation zu sorgen und den EU-Binnenmarkt zu konsolidieren, was letztendlich auch im Interesse der Endverbraucher liegt.

Die so genannten „Artikel 7-Verfahren“ schreiben vor, dass die nationalen Regulierungsbehörden (NRB) der Europäischen Kommission und den NRB die von ihnen geplanten Regulierungsmaßnahmen vor ihrer Verabschiedung mitteilen.

Dabei soll eine größere **Rechtssicherheit** dadurch erreicht werden, dass Vorschriften in allen EU-Mitgliedstaaten durchgängig angewandt werden, dass die Regulierung auf das wirklich erforderliche Maß begrenzt und das Verfahren transparent gestaltet wird.

### Wie funktioniert das in der Praxis?

Teilt eine nationale Regulierungsbehörde nach dem Artikel 7-Verfahren geplante Maßnahmen

mit, muss die Kommission diese innerhalb eines Monats bewerten („Phase 1“-Verfahren). Die meisten Fälle können innerhalb eines Monats bearbeitet werden, und nach Abschluss der Bewertung sendet die Kommission ein Schreiben an die betreffende Regulierungsbehörde. Dieses Schreiben kann Bemerkungen enthalten, wie die geplanten Maßnahmen noch verbessert werden könnten.

So empfahl die Kommission z.B. einer nationalen Regulierungsbehörde, den Zeitraum zu verkürzen, innerhalb dessen Preise für eine bestimmte Dienstleistung auf ein kostenorientiertes Niveau sinken müssen. In einem anderen Fall erteilte die Kommission einer nationalen Regulierungsbehörde den Rat, möglichst bald ein verbindliches Kostenmodell und die Höhe der Gebühren festzulegen.

Ein Beispiel für einen solchen Fall war der Entwurf einer NRB zur Regulierung von Diensten für den Breitbandzugang im Markt für den Zugang zum traditionellen Telefon-festnetz. Mit dieser Maßnahme wäre die NRB ohne Grund von einer gängigen europäischen Praxis abgewichen und hätte dadurch ein Hemmnis für den Binnenmarkt geschaffen.

Wenn die Europäische Kommission nationale Maßnahmen vor ihrer Verabschiedung prüft, kann sie eine einheitliche Anwendung des Regulierungsrahmens sicherstellen.

### Veto-Entscheidungen und Zurückziehung von Maßnahmen durch die NRB

Die Kommission hat bisher nur in sieben von 658 Fällen (Stand Ende Juni 2007) die Entscheidung getroffen, dass die NRB ihre vorgeschlagenen Maßnahmen zurückziehen müssen. Solche „Veto-Entscheidungen“ gewährleisten, dass auf nationaler Ebene keine Maßnahmen getroffen werden, die mit dem Gemeinschaftsrecht unvereinbar sind. Die Kommission legte ihr Veto gegen Maßnahmenentwürfe ein, bei denen die Marktdefinition der NRB nicht der ihren entsprach oder bei denen sie der Auffassung der NRB im Hinblick auf das Vorhandensein einer beträchtlichen Marktmacht nicht zustimmte. Beim Konzept der beträchtlichen Marktmacht geht es um einen beherrschenden Betreiber, der über ausreichend Marktmacht verfügt, um unabhängig von Konkurrenten und Verbrauchern zu agieren. In 28 Fällen beschlossen die NRB, ihre Notifizierungen zurückzuziehen.

## Größere Transparenz

Obwohl die Artikel 7-Verfahren formell nur die Kommission und die NRB einbinden, sind sie auch darauf ausgerichtet, **Transparenz für alle Beteiligten** zu gewährleisten. Nichtvertrauliche Fassungen aller Notifizierungen und die Maßnahmen der NRB werden auf der Webseite der Kommission innerhalb von einigen Tagen nach Eingang veröffentlicht. Die Kommission veröffentlicht auch nichtvertrauliche Fassungen der Stellungnahmen und Entscheidungen.

### GD Informationsgesellschaft und Medien – GD Wettbewerb

Die GD Informationsgesellschaft und Medien und die GD Wettbewerb sind gemeinsam für die Artikel 7-Verfahren zuständig. Sie arbeiten Hand in Hand und setzen ihre sektor-spezifischen Fachkenntnisse im Regulierungs-bereich und im Wettbewerbsrecht so ein, dass sie sich zum beiderseitigen Nutzen ergänzen.

#### Die nationalen Regulierungsbehörden

Vor Einreichung einer Notifizierung können die NRB informell mit der Kommission zusammentreffen. Solche informellen **Treffen vor der Notifizierung** ermöglichen es der Kommission und den NRB, potenzielle Probleme schon frühzeitig zu erörtern. Die Kommission nutzt diese Treffen außerdem, um der NRB mitzuteilen, welche Informa-tionen sie benötigt.

Nach Eingang einer Notifizierung kann die Kommission **weitere Informationen** von der NRB anfordern. Die NRB haben das Recht, **eine Notifizierung** jederzeit während des Verfahrens **zurückzuziehen**.

#### Grundlage für Marktanalysen

Ausgangsbasis für die Marktanalyse der NRB sind die Empfehlung der Kommission über die „relevanten Märkte“ sowie die Leitlinien zur Marktanalyse und Ermittlung „beträchtlicher Marktmacht“. Kommt eine NRB aufgrund ihrer Marktanalyse zu dem Ergebnis, dass in einem bestimmten Markt kein wirksamer Wettbewerb besteht, muss sie geeignete Abhilfemaßnahmen treffen.

#### Geeignete Regulierungsmaßnahmen

Regulierungsmaßnahmen dürfen nur für Märkte erlassen werden, in denen das Vorhandensein eines oder mehrerer Betreiber mit beträchtlicher Marktmacht zu andauerndem Marktversagen führt. Die diesen Betreibern auferlegten

Verpflichtungen sollten dem aufgezeigten Kernproblem entsprechen und verhältnismäßig und gerechtfertigt sein.

Der Regulierungsrahmen stellt den NRB einen Katalog von Verpflichtungen zur Verfügung, mit denen die Ursachen für Marktversagen (z.B. überhöhte Preise, Verweigerung des Zugangs und Diskriminierungen) beseitigt werden können. So ist in fast allen Mitgliedstaaten der Betreiber des tradi-tionellen Telefonfestnetzes auch Eigentümer der Infrastruktur für die Bereitstellung von Breitbanddiensten. Die NRB haben daher diesem Betreiber Verpflichtungen in Bezug auf den Netzzugang und die Preiskontrolle auferlegt, damit alternative Marktakteure die Möglichkeit erhalten, zu diesem Betreiber in Wettbewerb zu treten und den Endver-brauchern ihre eigenen Breitbanddienste anzubieten.

#### Schlussfolgerung

Die Artikel 7-Verfahren haben sich bisher bei der Errichtung des Binnenmarktes für elektronische Kommunikation als wirksames Instrument erwiesen, denn sie gewährleisten EU-weit eine einheitliche Anwendung der Vorschriften. Einheitlichkeit wurde hauptsächlich dort sichergestellt, **wo** eine Regulierung angemessen ist (d.h. in den einschlägigen Märkten und bei den Marktpositionen der Marktakteure) jedoch in geringerem Ausmaße, was die **Art** der Regulierung (Abhilfemaßnahmen) anbetrifft. Unterschiedliche Abhilfemaßnahmen sind nicht immer durch unterschiedliche Marktbedingungen oder andere spezifische Merkmale zu rechtfertigen. Auch wurde nicht immer die wirksamste Abhilfemaßnahme gewählt. In diesem Bereich ist es durchaus noch möglich, die Regulierung wirksamer und die Abhilfemaßnahmen EU-weit einheitlicher zu gestalten, um einen echten Binnenmarkt für elektronische Kommunikation zu schaffen. Bisher wurden der Kommission über 600 Entwürfe von Regulierungsmaßnahmen mit-geteilt, was bedeutet, dass die NRB die erste Runde der Markt-überprüfungen fast ab-geschlossen haben. In der Folge hat sich auf einigen Märkten in mehreren EU-Mitgliedstaaten ein wirksamer Wettbewerb entwickelt, und die bestehende Regulierung könnte wieder gelockert werden. Auf anderen Märkten ist der Wettbewerb jedoch nach wie vor unzureichend. Die bisherigen Entwicklungen werden bei der Überprüfung der Empfehlung der Kommission über die relevanten Märkte sowie der Über-prüfung des Regu-lierungsrahmens berücksichtigt.

#### Weitere Informationen

##### Webseite der Kommission zu Artikel 7:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecommerce/article\\_7/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecommerce/article_7/index_en.htm)

##### Webseite zur europäischen Informationsgesellschaft, Anwendung und Durchsetzung der Vorschriften im Bereich der elektronischen Kommunikation

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecommerce/implementation\\_enforcement/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecommerce/implementation_enforcement/index_en.htm)

##### Übersicht zu den Vertragsverletzungsverfahren

[http://ec.europa.eu/information\\_society/ecommerce/implementation\\_enforcement/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/ecommerce/implementation_enforcement/index_en.htm)

##### Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien:

Av. de Beaulieu 24, B-1160 Brüssel

[info-desk@ec.europa.eu](mailto:info-desk@ec.europa.eu)

[http://ec.europa.eu/comm/dgs/information\\_society/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/comm/dgs/information_society/index_en.htm)